

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die "Volkstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Beantworter für Unterlate: Wilhelm Blaudau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. F. Kannich & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernschreiber: 161 für Unterlate 1667, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreise: Seite 351.

Zeitungspreis: Biertäglich 15 Pf. Zustellung 4,50 M., monatlich 1,50 M. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen biertäglich 4,20 M., monatlich 1,40 M. Bei den Postanstalten viertelst. 4,50 M., monatlich 1,50 M. ohne Beifolia. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die gehaltene Koloniezeit 25 Pf. im Stellmetall Reihe 1,25 M., Vereinskalender 20 Pf. Anzeigen-Material geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postleitzahl: 5238 Berlin.

Nr. 61.

Magdeburg, Donnerstag den 13. März 1919.

30. Jahrgang.

Aufgaben der Gegenwart.

Im sozialdemokratischen Parteiprogramm wird einer der wichtigsten Punkte die Vergesellschaftung genannt, die heute vielfach als Sozialisierung bezeichnet wird. Die Revolution hat diese Frage jetzt in die nächste Nähe gerückt. Die von der Reichsleitung eingesetzte Sozialisierungskommission, der namhafte Volkswirtschaftler, Politiker und Soziologen angehören, ist am Werke, die Sozialisierung so anzupassen, daß sie dem deutschen Volke Nutzen bringt und segensreich wirkt. Sowohl von reaktionären Seiten als auch von der äußersten Linken werden gegen die Reichsleitung die heftigsten Vorwürfe gerichtet. Die äußerste Linke befiehlt die Regierung, weil die Sozialisierung nicht sofort nach der Umwälzung, die der deutsche Staat im November durchgemacht hat, durchgeführt wurde, die Reaktionäre, weil sie um ihre Profite und Kriegsgewinne fürchten. Die in der Politik linksstehenden Volksgenossen vergessen ganz, in welcher Lage sich die junge deutsche Republik befindet. Deutschland gleicht heute einer bankrotten Firma, die darauf sehen muß, aus der Konkurrenzmasse noch so viel zu retten, als zu retten ist. Dazu darf mit der größten Vorsicht zu Werke gehen werden, leuchtet jedem ein, der sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt hat. Rautenkry, der von der Internationale als streng marxistischer Theoretiker überall Aufruhr anregt, prägte sogar das Wort vom Tollwut, um die Haltung aufzunehmen, in dieser

Um die Sozialisierung, die Vergesellschaftung solcher Betriebe und Unternehmungen muß die Reichsleitung zuerst gehen. Viele Unternehmungen arbeiten nicht wie in Friedenszeiten, sondern die Produktion steht fast auf Null. Aufgabe der Sozialisierungskommission wird und muß es sein, bei der Überführung der reichen Betriebe und Unternehmungen in den Besitz der Allgemeinheit so vorzugeben und durchzutreiben, daß für das Volk das Beste dabei herauskommt. Sinnloses Sozialisieren, wie es im einzelnen von unkundigen Leuten geschah, führte nur zur noch größeren Unproduktivität der beschlagnahmten Werke und schädigte das Volksgenössen, das heute nichts dringlicher braucht als Arbeit und Ertrag, um auf dem Weltmarkt als Konkurrent auftreten zu können.

Es ist nicht von ungefähr und liegt nicht allein am Mangel an Arbeitskräften, wenn auf dem Bunde der Ertrag der nächsten Ernte noch hinter dem Ertrag der vorjährigen zurückbleiben wird. Viele Grundbesitzer bedächtigen nur einen Teil ihres Grund und Bodens zu bebauen, weil sie sagen, daß der größere Teil ihnen abgenommen wird. Wohin dieses verderbliche Tun führen wird, läßt sich nicht ausmalen. Neben dem Mangel an Rohmaterialien wird noch ein größerer Mangel an eignen Lebensmitteln folgen und damit unser Kredit im Ausland noch mehr sinken, weil die Kreditgeber kein Vertrauen zur deutschen Wirtschaft haben. Sicherlich liegt schon über dem nordischen

Abg. Sollmann (Soz.) macht auf das Verbot des Oberstkommandierenden der Alliierten aufmerksam, in belegten Gebieten Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen vorzunehmen, und fragt, ob die Regierung in der Lage sei, die schleunige Aufhebung des Verbots zu erwirken.

Staatssekretär Albert: Die deutsche Regierung hat wegen dieses Verbots bei den Alliierten angefragt. General Ruyant hat immer wieder geantwortet, daß die Erfüllung dieser Forderung aussichtslos sei. Da eine Berechtigung zu dem Verbot der Wahlen sich aus den Waffenstillstandsbedingungen nicht herleiten läßt, hat die deutsche Regierung mangels eines anderen Mittels erneute entschiedene Verhandlung gegen dieses Verbot eingeleitet.

Es folgt die Interpellation Arnsdorf und Gen. (Deutschland Bp.): Wider Recht und Gesetz haben manche Einzelstaaten, wie Sachsen, Hamburg, Braunschweig, tiefe Eingriffe in den Religionsunterricht vorgenommen. Gedient die Reichsleitung zu solchen Eingriffen der einzelauflichen Verwaltungen in die zu leicht beherrschende Schulgelehrte Stellung zu nehmen?

Abg. Mumml (Dt.-nassl Bp.) begründet die Interpellation: 3197 Eingaben sind bereits zusammengekommen, die sich gegen die Eingriffe in den Religionsunterricht wenden?

Präsident Fehrenbach: Wir wird eben gesagt, es sei kein Vertreter vom Reichsministerium des Innern hier, der die Interpellation beantworten könnte. Die Regierung hätte keine Kenntnis gehabt, daß die Interpellation heute zur Behandlung käme. (Hört, hört!) Wir wird jetzt mitgeteilt, die Antwort sei formuliert und werde verlesen werden. Es hat aber doch keinen rechten Sinn, wenn hier nur eine idiotische Antwort vorliegt, und der Regierungsvorsteher die Begründung und Befreiung der Interpellation gar nicht mit anhören kann.

Abg. Schulz (Bromberg): Wenn ein Verhältnis seitens der Nationalversammlung nicht vorliegt, so haben wir wohl ein Recht daraus, weiter zu verhandeln. — Schließlich erhält das Wort zur

sind die Vergesellschaftung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln. Kapitalistisches Privateigentum ist nicht etwa ein Antzug, ein Bild, ein Stück Werkzeug; das sind vielmehr Gegenstände, die mit der Privatperson unloslich verbunden sind. Während im kapitalistischen Staat alles geteilt war, auf der einen Seite Gewinn und Wohlleben, auf der andern Seite aber Hunger und Elend; auf der einen Seite Arbeit und Sorge, auf der andern Seite Schlosser und Fabrikarbeiter, will der sozialistische Staat den Großgrundbesitz, den Großbetrieb in Gemeineigentum überführen. Es ist daher eine bewußte falsche Darstellung, die Sozialdemokratie wolle den Mittelstand und das Handwerk mit der Sozialisierung treffen. Das besorgen hinsichtlich die Großkapitalisten, die dem Mittelstand durch ihre Profitpolitik das Grab graben.

Die Sozialdemokratie will die ungeheure Vermögens- und Einkommensmehrung, die nicht auf Arbeit beruht, dem Volksgenössen zuführen. Wenn also von bürgerlicher Seite über „Teilung“ gespöttelt wird, so muß diesen Politikern immer vorgehalten werden, daß ihre Politik gerade die „Teilung“ funktioniert hat, indem sie die Arbeiter, Bauern, Handwerker schufen ließ, während die Besitzer der Produktionsmittel ohne Arbeit im Überfluss schwelgten. Diese „Teilung“ will der sozialistische Staat beseitigen.

Es trifft sich daher gut, daß in diesen Tagen ein Bild aus der kapitalistischen Ordnung bekannt wird. Danach hatten

Fürst Henckel von Donnersmarck auf Neudeck:

Besitz: Einkommen: 1897 65 Millionen Mark 4 Millionen Mark

1908 177 Millionen Mark 12 Millionen Mark

Herzog v. Ujest, Fürst Hohenlohe-Hechingen-Slawenburg:

Besitz: Einkommen: 1895 45 Millionen Mark 2,7 Millionen Mark

1908 151 Millionen Mark 7 Millionen Mark

Hans Ulrich Graf v. Schaffgotsch-Koppitz:

Besitz: Einkommen: 1896 21 Millionen Mark 0,75 Millionen Mark

1908 79 Millionen Mark 4–5 Millionen Mark

Franz Hubert Graf Tieck-Winkler-Rosch:

Besitz: Einkommen: 1896 18 Millionen Mark 0,5 Millionen Mark

1908 74 Millionen Mark 3–4 Millionen Mark

Diese Vermögen und namentlich die Einkommen, um die die Herren Grubenbarone die Arbeiterschaft geprägt haben, zum größten Teile

dem Volke wieder zuzuführen,

ist selbstverständliche Pflicht der Regierung. Ohne einen Finger zu rühren, stießen diese Feudaler den von Arbeitern geschaffenen Mehrwert in ihre Tasche und speisten die Arbeiterschaft mit Sammelzähnen ab.

die Neuerungen durch die Sorge der Regierung eingetretene Demokratisierung der ganzen Wirtschaftspolitik. Den Schaffenden muß Einfluß auf die Produktion und deren Erträge eingeräumt werden. Ein Mitherrschaftsrecht und Gewinnanteil muß geschaffen werden, um die Arbeitslust zu heben, kurzum, es sind wichtige Probleme zu lösen, die sich nicht im Handumdrehen erledigen lassen, vielmehr ein eingehendes Studium erfordern, um den ganzen Komplex der damit zusammenhängenden Fragen nicht durch untaugliche Mittel zu missfreidigen.

Es hilft dem schwergeprüften deutschen Volke nur eins: planmäßiges Vorgehen bei Übernahme von Werten, Betrieben, Banken, Versicherungsgesellschaften, Gütern; vor allem schleppt die Schaffung von Werten, die wir gegen uns fehlende Rohstoffe, Lebensmittel, Materialien austauschen können. —

Die Nationalversammlung.

25. Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung mit dem Bericht einer Mitteilung des Stabes des Freiwilligen Landes-Jägerkorps an die Nationalversammlung, wonach die Beerdigung des in Halle getöteten Oberstleutnants v. Küller am Dienstag nachmittag 2 Uhr in Halle stattfindet.

Präsident Fehrenbach: Meine Damen und Herren! Oberstleutnant v. Küller ist beauftragt gewesen, die militärischen Maßnahmen zum Schutz der Nationalversammlung in und um Berlin zu treffen. Sein Tod in Halle ist auch erfolgt im Dienste für die Ordnung und damit für das Vaterland, im Dienste für die Nationalversammlung. Er ist in bestialischer Weise hingerichtet worden. (Bewegung.) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit schmerzlicher und herzlicher Teilnahme der Opfer, welche die Aufstände in Berlin unter unsern tapfern Soldaten und unsern braven Schutzleuten gefordert haben. In der Leidenschaftlichkeit des gemordeten Oberstleutnants v. Küller wird die Nationalversammlung sich beteiligen. Eine Abordnung, bestehend aus dem Vizepräsidenten Hauffmann, dem Schriftführer Dr. Preißler und dem Abgeordneten Graes zu Dohna wird auf heraus nach Halle begeben und dort die Nationalversammlung vertreten. Vizepräsident Hauffmann wird namens der Nationalversammlung einen Trauzug in Ehren des Verstorbenen niederlegen.

Die Mitglieder der Nationalversammlung haben diese Worte sehr angehört. Auf der Tafelordnung stehen zunächst Anfragen. Abg. Kaufmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin und fragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um die Kartoffelbestände, die auf dem Lande diebstahlschutz zu erhalten, rezipios zu erfassen.

Reichsernährungsminister Schmidt:

Die Urtheile dafür, daß die Abgäte der Wochentration von fünf Pfund nicht überall haften kann, liegt hauptsächlich in den Transportverzögern. Wegen der Rückhaltung von Waren sind die zuständigen Behörden wiederholt zu scharfer Überwachung aufgefordert worden. Eine zeitliche Erfassung der Kartoffelbestände auf dem Lande läßt sich zurzeit schon deshalb nicht ermöglichen, weil die Kartoffeln in den Märkten noch am sichersten vor dem Verderben bewahrt werden. Sobald jedoch etwas Besseres zu erwarten ist, Anfang April werden die Transporte in verstärktem Maße wieder aufgenommen.

gerne das empfohlen weiteretragen, daß wir an der Schwelle eines neuen Kampfes stehen, eines Kampfes zwischen denen, die ein christliches Volk und ein christliches Volksselbst wollen, und denen, die unserm Volke die christliche Kultur nehmen wollen. Wir haben es ja erlebt, wie Herr Ebert in seiner ersten Rede mit seinen Aussführungen über das Goethesgadentum die weitesten Volksskreise auf das empfindlichste verletzt hat. Es wäre uns lieber, wir brauchten in der gegenwärtigen Zeit einen solchen Kampf nicht zu führen. Unser armes Vaterland braucht im Innern Ruhe und Frieden, aber die Herren Ebert und Scheidemann haben ihm diesen inneren Frieden nicht gegönnt. Eine ihrer ersten Taten war es, den Sprecher der Freireligiösen Gemeinde, Herrn Adolf Hoffmann, an die Spitze des preußischen Kultusministeriums zu berufen, einen Mann, der es fertiggebracht hat, vor verfammeltem Abgeordnetenhaus seine eigene Mutter zu beweinen und seinem Hass gegen die christliche Kirche freien Lauf zu lassen. Die Ebert-Scheidemann sind schuld an der unauslösblichen Dämmerung unseres Vaterlandes, indem sie an die Spitze aller Schulen und Hochschulen einen Hoffmann stellten, der die Bezeichnung Minister für Unkultur verdient. (Gebläster, Beifall rechts.) In gleicher Weise wie in Sachsen hat die Revolution in Hamburg die Brandstiel des religiösen Zwistes in die Bevölkerung hineingeschleift. Ja, es ist hier noch schlimmer verfahren worden. In Hamburg ist die Erneuerung von Staat und Kirche bis auf unerträgliche Reize durchgeführt. In Braunschweig hat man sich nicht einmal damit aufgehalten, Befriedungen zu machen. Über alle Braunschweiger Schulen und damit über alle Fragen des Religionsunterrichts hat man eine Freiheit gestellt, die als Einheits-Legion schier ein schwerlich die ewige Weisheit für ihr hohes Amt mitgebracht hat. Wir fordern für unsre Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht.

Reichskolonialminister Dr. Bell: Die Regierung hat den Gegenstand der Interpellation eingehend durchberaten und die Antwort in einer formulierte Erklärung festgelegt. Der Reichsminister des Innern, der in dringender Reichsangelegenheiten nach Berlin berufen worden ist, hat leider wegen der Berichtsschwierigkeiten nicht rechtzeitig hier erscheinen können. Namens der Reichsregierung habe ich folgende

abzugeben: Wie den Interpellanten bekannt ist, besitzt das Reich gegenwärtig keine Vollständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Selbst wenn daher wie in der Interpellation behauptet wird, gegen Recht und Gesetz einzelne Gliedstaaten tiefe Eingriffe in die bisherige Regelung des Religionsunterrichts vorgenommen oder für das mit Ostern beginnende neue Schuljahr vorgesehen hätten, wäre die Reichsregierung nicht in der Lage, hierzu Stellung zu nehmen. Insoweit in der Reichsverfassung normative Bestimmungen über das Unterrichtswesen in den verschiedenen deutschen Ländern aufzunehmen sind, wird bei Beratung der Artikel 30 und 31 des Entwurfs einer Staatsverfassung im Verfassungsausschuss zu prüfen sein. Auf diese Erklärung muß sich die Reichsleitung bei der gegenwärtigen Rechtslage, insbesondere nach dem geltenden Verfassungsrecht, befründern.

Auf Antrag des Abg. Schulz (Bromberg, dt.-nassl.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Hellmann (Hamburg, Soz.): Bei der Behandlung dieser Angelegenheit hat sich die ganze Lebewelt engagiert. Da die Kirche für manche Kreise gewiß noch große Bedeutung, aber immer mehr wächst die Sekten, das vom Geiste Martin Luthers im heutigen Christentum nichts mehr zu spüren ist. (Widerspruch rechts, Lärm i. Sit.) Die Kirche selber ist schuld daran, daß so große Teile des Volkes ihr feindlich gegenüberstehen. (Widerspruch i. Sit.) Im Kriege hat sie das Blutvergießen als göttliche Pflicht verteidigt und sich mit dem nun auftauchenden Staate auf engst verknüpft und mit ihm daher auch zusammengeklitten. (Unterstützung rechts und im Zentrum.)

Präsident Fehrenbach: Das sind religiöse Gedanken und theologische Vorlesungen. Wenn das zulässig sein soll, kommen wir eben später unter gleichem Titel.

Abg. Westau (Vorstand): Wir geben ohne weiteres zu, daß die einzelfeindlichen Angriffe in den Religionsunterricht nicht taktisch und gut und vielsch auch fiktiv waren. (Hört, hört! rechts u. i. Str.) Sie waren auch **fiktiv** und **undemokratisch**.

weil sie der deutschen Nationalversammlung und den einzelfeindlichen Nationalversammlungen vorgeführt. (Sehr richtig! links.) Das hindert uns aber nicht, uns mit aller Entschiedenheit dagegen zu wenden, daß religiöse Fragen zum Mittel des politischen Kampfes herabgewürdigt werden sind, sogar des Wahlkampfes. Diese einzelfeindlichen Angriffe die wir missbilligen, entstehen aber ledigen Endes der längen und schweren Gewissensnot vieler Lehrer. Die unversöhnliche Haltung der bisherigen preußischen Kultusminister hat diese gewaltame Entzündung feindlich mißhandelter Menschen auf dem Gewissen. (Sehr richtig! links.) Es kann doch nicht bestreit werden, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Lehrer nicht mehr auf dem biblischen Standpunkt steht und daß eine wachsende Zahl deutscher Familien in dem Christentum nur noch eine Gewohnheitspraxis sieht. (links rechts u. i. Str.) Daher seit Jahren das Bestreben der Verbreitung nach einer Reform des Religionsunterrichts. Daher jetzt der vereidigte Kampf der Kirche, denn es gilt jetzt für die verstaufende Kirche um ihr Dasein. Wir verlangen

im Interesse der **vollen Gewissensfreiheit** die **Verteidigung des Religionsunterrichts als besonderen Unterrichts**, gegenüber. (Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Wir verlangen die **Wertschätzung der Schule auch im Interesse der Kinder**. Der in **gewissen Lebenslagen** geradezu übliche Kampf gegen religiöse Dinge ist nur enttäuschte Liebe. Menschliche Heldenfiguren wie Jesus, Luther und Sokrates müssen auf dem Boden voller Objektivität unter Ablehnung jedes Gewissensbruchs den Kindern gelehrt werden. Die religiöse Schule soll nicht religiös sind, sondern nur **Kirche frei** soll sie sein. Aber es unmöglich, die religiöse Unterweisung mit einem Schlag zu beseitigen und deshalb haben die revolutionären Regierungen falsch gehandelt. Eine Übergangszeit ist notwendig. Grundsätzlich halten wir fest an dem Satz, daß die Schule kirchenfrei sein muß. (Beispiel b. d. Soz.)

Abg. Dr. Mandelbrot (Str.): Wir wollen, daß der Religionsunterricht ein Teil des Schulplans der Volksschule sei, und daß der katholische oder evangelische Religionsunterricht unter der Aufsicht der Kirchengemeinschaft steht. Unsere Partei hat in ihrem neuen Programm das christliche Erziehungs- und Kulturideal an die Spitze gestellt, da nach die Gewissensfreiheit, die Freiheit der Religion und die Wahrung der Rechte der Eltern und der Religionsgemeinschaften auf die Erziehung der Kinder. Wir müssen Gewicht darauf legen, daß die Sicherstellung der staatlichen Richtigkeit des einzelnen und der Gewissens- und Religionsfreiheit in der Staatsverfassung festgelegt werden. Freiheit des religiösen Lebens, **volle Glaubens- und Gewissensfreiheit** auch hinsichtlich der Bildung und Erziehung unserer Jugend an den neuen Volksstaat. Das Beispiel unserer demokratisch regierten Staaten zeigt, daß bei religiöser Freiheit der Staat den konfessionellen und die kirchliche Pfarrei am besten gedenkt. Die kirchliche Religion ist eine mächtige Tugend des öffentlichen Lebens und eine soziale Macht, die christlichen Kirchen haben bestreite Rechte materieller Art. Diesen Rechten gehört eine höhere geistige Anerkennung als den Rechten einzelner.

Abg. Weiß (Rüdenberg, Demokrat): Zu den verschiedenen hier behandelten Fragen kann ich den Standpunkt meiner Fraktion dahin kennzeichnen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Eltern nicht gezwungen werden dürfen, ihre Kinder einem Unterricht auszusetzen, bei dem sie Gewissensdrang und Gewissensbedrückung empfinden. Auch Lehrkräfte, die innerlich nicht mehr in dem Verhältnis zu unserer Kirche stehen, wie es zur Unterrichtserteilung notwendig ist, dürfen nicht gezwungen werden, diesen Unterricht zu leiten. (Sehr richtig! s. d. Demokr.) Weitergehende Forderungen, wie z. B. das Verbot des Gewissens von Sprüchen, lehnen wir ab. Ich befürchte diesbezüglich nicht, daß der bisherige Religionsunterricht manche Anstrengungen machen, aber wegen dieses Mangels soll man den Religionsunterricht nicht aus der Schule herausnehmen, sondern wir alle müssen daran arbeiten, um eine durchgreifende innere Reform des Religionsunterrichts zu beschaffen. Weiters ist der größte Teil der sozialdemokratischen Fraktionen schall undrauf, daß der Volksschulunterricht nicht mehr an religiösen Schulen stattfinden darf, und daß die Eltern nicht mehr an religiösen Schulen, nur haben mit ihren Kindern und sonst Zukunft. Dazu müssen wir nun jetzt an der Erziehung und Bildung unserer Jugend erhebliche Anstrengungen zuwenden. (Sehr gut!)

Abg. Dr. Voelkl (Dresden, dt.-nord.): Die Erklärung der Regierung war für uns in seiner Weise genügend. (Sehr richtig! rechts.) Wir fordern die offizielle Volksschule und den öffentlichen Unterricht in der Volksschule. Für die Schule und den öffentlichen Religionsunterricht müssen wir die besten Kräfte zur Verfügung stellen.

Abg. Dr. Kunkel (Schleswig, Dt. Zp.): Die Religion, das höchste Geheimtum, darf nie wieder zu einer Tugendtugend herabstufen. Über mir wollen keine Tugend, wir wollen Gewissensfreiheit für die Lehrer und für die Kinder. Und dann ferner wir die Freiheit der Eltern vor der geistlichen Anspülung.

Reichskanzlerpräsident Scheidemann: Es ist zweifellos die Beratung ausgesprochen worden, die Regierung nehme nicht das nötige Interesse an dieser Verhandlung. Das ist ein Fehler. Wenn heute vorzeitig bei der Eröffnung der Debatte die Bekämpfung der Regierung nicht so geklappt hat, wie es hätte sein sollen, so war es deshalb, weil die Regierung alle ihre Einschätzungen daran angelehnt hatte, heute die Sozialdemokratie zu unterstützen. Das ist

eine Frage, die uns jetzt noch dringender erscheint. (Sehr richtig! links.) Wenn uns jedoch ständig befohlen werden, in keine Debatte zu beginnen, so war es absolut entgegenstehend, die in Berlin befindenden Herren, die mit unserem Einverständnis nach Berlin gegangen waren, um dort sehr wichtige Geschichte zu erleben, bis heute darunter an Ort und Stelle zu haben. Deshalb hat an unserer Stelle — so war gestern bereit, für Reichskanzler Brügel einzutreten und war im Moment abgeholt — Herr Reichskanzler Brügel die Freiheitlichkeit gezeigt, den Vortrag, den wir im Ministerium gezeigt haben, vorzutragen. Damals werden Sie ersehen, daß wir nicht im geringsten daran gedacht haben, eine Revolution zu suchen. Angenommen ist ja unter Sitzung bei dieser Debatte nicht Brügel wird dagegen opponiert, daß die Schlußrede Brügel nicht werden soll, und dann wiederum werden wir gesagt, wie wir uns zu dem stellen, was in den Ergebnissen steht. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß alle diese Fragen zur Zuständigkeit des Reiches gehören jenen, dann führen Sie meine Worte zu unserer Zustimmung. Aber wenn Sie aus in die Beratung hinein direkt Rechte geben müssten, dann wird der Ausgang der Debatte ein ganz andrer sein, als daß die Herren Unterpräsidenten sich entschuldigt haben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Frau Bies (U. S.): Die Revolution hat jetzt eigentlich die Bevölkerung des Landes durchgegriffen. Da kommen bei jedem der Konservativen höchst fraglich, ob jeder einen Sozialstaat und die ersten Schritte dieser hat gemacht. (Hört, hört! s. d. U. S.) Wir verlangen die Einheitlichkeit, die eine soziale und eine Arbeitsschule sein soll. Alle Religionen sind eines sozialistischen Gemeinschafts und gehen mit der Entwicklung der Gesellschaft einher. Ein solches der Religionen die große herkömmliche Selbstauskunft des Reichstages entgegen. Sie denken nicht daran, damit zusammenhängende Gemeinschaften ansetzen zu wollen oder die Gemeinschaften aufzulösen zu wollen. Wenn die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen wollen, so kann das auch erhalten der Schule gegeben. Aber was ist es nur möglich, daß die sozialistische soziale Schule von allen Kindern einer Institution abgesetzt wird. Das geschieht nicht. Schule gegeben, das ist Pauschalität der einzelfeindlichen. Diese Pauschalität ist in den vergangenen Wochen überwundenen auf keinen Schaden zu einem Schulsystem geprägt und aufs neue aufzubauen. Diese Forderungen sind: Erneuerung der Schule, der Schule und Schule und Schule. Sie werden, dass diese Forderungen als Zeichen in die Beratung der deputierten Deputierten treten.

Dann kommt die Beratung.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Westau (dt.-nord.) und der Frau Bies (U. S.) wird die Sitzung um $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Zweite Sitzung des Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzes über die Wirtschaftswirtschaft.

Neue polnische Angriffe.

Ein amtlicher Bericht über die Lage in Polen bringt folgende Mitteilungen:

In der Gegend von Bissowa sowie im Raum von Bentschen und Birsbaum wurden feindliche Patrouillenverbände abgewiesen. An der Niederrhein herrschte ebenfalls rege polnische Geschäftigkeit. Angriffe der Polen auf Wroclaw und Bodzan, südlich Stolmar, wurden mit Unterstützung der Artillerie im Nahkampf abgewiesen. Am Abschnitt Südwestlich und südlich Bromberg gleichfalls lebhafte feindliche Patrouillen und wiederholte Artilleriekämpfe, die wie folglich erwiderten. Der Olsabahnverkehr Schneidemühl-Bromberg ist unterbrochen, da die Bahn bei Nowel unter vollem Feuer liegt.

Die verschiedenen Nachrichten scheinen sich somit zu bestätigen, wonach die Polen den Wasserschlund nicht mehr anreten und ihn für beendet erklären wollen.

Solang es eine Sozialdemokratie gibt, solange gibt es eine Organisation, die entschieden und rücksichtslos den Kampf gegen den Militarismus und den Krieg führt. Was Krieg heißt, hat die Welt in den letzten $\frac{1}{2}$ Jahren schaudernd erlebt. Niemand sehnt sich wieder nach ihm zurück. Niemand wird sein Bestes dafür hervorbringen, den Krieg für immer aus der Welt zu schaffen.

Es gibt aber auch hier, wie in allen anderen Dingen, zwei Seiten. Kein Mensch wird es sich gefallen lassen, daß ihm sein Nachbar ein Stück seines Eigentums nach dem andern weg nimmt. Darum tritt die Sozialdemokratie dafür ein, daß jeder gefundene Mann eine kurze militärische Ausbildung erhält, daß schon die Jugend durch zweckmäßige Leibesübungen zur Wehrfähigkeit erzogen wird. Dieser Standpunkt verrät sich sehr gut mit der Lehre des Sozialismus, ist durchaus sozialistisch und entspricht dem Vorlaut des Erfurter Programms.

Gegenwärtig ist unser Heer in der Demobilisierung begriffen, unser wirtschaftliches Leben liegt daneben, wir wissen nicht, wo wir zuerst den Hebel ansetzen sollen, um die Not zu lindern und unser Kranken Lande neue Kräfte zu fördern. Diesen Augenblick halten die Polen für geeignet, ihrem wilhelminismus freien Lauf zu lassen. Unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker überschreiten sie die deutsche Grenze, bejagen eine Ortschaft nach der andern und führen einen rücksichtslosen Kampf gegen alles Deutsche.

Im Anfang dieser Bewegung war es der Regierung leider nicht möglich, die notwendigen Gegemaßregeln zu ergreifen. Es allmählich gelang es, ein Freiwilligenheer zu rufen, das stark genug war, dem Vormarsch der Polen standzuhalten zu gebieten. Die ersten, die sich zur Verbündung stellten, waren die Angehörigen des während der Berliner Spartakuswoche entstandenen **Sozialdemokratischen Helferbundes**. Hier bewiesen Sozialdemokraten, daß die Schreiberei der bürgerlichen Presse: die Sozialdemokraten reden nur und handeln nicht, eitel Lüge und Verleumdung sind. Mit ihrem Leben treten sie getreu ihrer Überzeugung für die deutsche Heimat ein. Feder, der das Deutsche Volk nicht zum Gespött der Welt und unser Land zum Spielball verführt gewordener Chaubinisten werden lassen will, wird diese Verteidigungsaktion billigen.

Rut die Unabhängigen messen hier wieder mit zweierlei Maß. Während sie ihren russischen bolschewistischen Freunden das Recht zugestehen, gegen die Deutschen, die noch in Russland stehen, mit Waffengewalt vorzugehen, schelten sie, weil die deutsche Regierung eine gewaltame Annexion deutschen Bodens durch die Polen mit Waffengewalt zu verhindern sucht.

Die Berliner Schlachten.

In Berlin, Lichtenberg und Reinickendorf wird immer noch gekämpft. Der Blutopfer sind immer noch nicht genug gebracht. Nur erweisen sich, wie wir vermuten, die meisten Greuelgeschichten als erfunden oder doch übertrieben, aber es wird immer aufs neue eine Flut von solchen Mordgeschichten aufgetischt.

Mit verzögertem Datum, sie einzeln aufzuführen, um so sicher, als können die Tatsache, daß im sogenannten "offenen Kampf" der Opfer genug fallen, das Herz jedes Sozialisten und Menschenfreundes erschüttern möcht. Ein Waffenstillstandseruchen, das der Oberbürgermeister von Lichtenberg an die Regierung richtete, ist wegen der darin enthaltenen Bedingungen abgelehnt worden. In den angebotenen Bedingungen gehörte die Aufstellung einer Volkswehr, in die auch geeignete Spartaisten einzutreten sollten. Ferner wurde der Austausch der Gefangenen und völlige Straffreiheit für alle während der Kämpfe in die Hände der Regierungstruppen geforen und auch sonst an den Kämpfern beteiligt gewesenen Spartakisten gefordert.

Der Reichswehrminister hat dem Bürgermeister und der Bürgerschaft von Lichtenberg die größte Schande der Stadt gezeigt, eine Einspeisung der vor ihrer Beendigung befindenden Operationen konnte jedoch gerade um der Bevölkerung willen nicht erfolgen, vielmehr mußte endgültig auch dieser Standpunkt von den Spartakisten gerettet werden, damit dauernd die Verbesserung der Stadt Lichtenberg über Friedlichen Beschäftigung nachgehen kann.

Während die einen über spartakistische Ereignisse berichten, hegen die Regierungstruppen in den "unabhängigen" und kommunistischen Blättern nicht anders als "fiktive Tiger" des spartakistischen Kosmos". Ihnen werden dieselben Gewalttätigkeiten nachgerichtet, die in der bürgerlichen Presse in überbekannter Weise gegen die Spartakisten an die Hochhöhe gehängt werden.

Es ist wieder wie im Kriege, den wir überwunden glaubten. Die eine spartakistische Seite ruft die andere an Gewaltmaßnahmen zu überzeugen. Aus da die bürgerliche Presse von einem

wieder verbreitet ist, werden ihre Nachrichten mehr ins Volk gebracht und deshalb mehr geglaubt. Auf jeden Fall aber muß sich ein sozialdemokratischer Betätigungsleiter den fühlenden kritischen Verstand bewahren und alle diese Geschichten genießen mit dem Gedanken an die Tatsache, daß wir wieder Krieg haben, wenn es sich auch leider diesmal um den Bürgerkrieg handelt.

Doch mit dem Auftauchen in Berlin ein erheblicher Teil des großstädtischen Verbrettertums zieht, um im trüben zu fischen, ist zweifellos. Ebenso steht aber auch außer Zweifel, daß die sogenannten Regierungstruppen etwaige Gefangene nicht mit Samthandschuhen anfassen. Ein amtlicher Bericht über die am Dienstag stattgefundenen Besetzung eines Quartiers der Volks-Marinedivision braucht dafür diese Umschreibung:

Die Mannschaften der Regierungstruppen ließen sich von ihren Führern kaum von Übergriffen zurückhalten, da die Erbitterung durch die Vorgänge der letzten Tage naturgemäß sehr angewachsen war. Es wurde Mutation, darunter auch Dumplingeschosse, beschossen. Von den rund 250 Gefangenen mußten (1) 24 auf der Stelle standrechtlich erschossen werden. Die übrigen sind unter steriler Bedeutung in das Moabit-Zellengefängnis eingeliefert worden und stehen dort einer Urteilstagung durch das außerordentliche Kriegsgericht unterlegen.

So hatten seither auch Soldaten, die sich von ihren Führern kaum von Übergriffen zurückhalten ließen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meuchlings erschlagen, als sie schon waffenlos in Gefangenschaft waren. Wenn man die Erbitterung dieser Truppen auch menschlich verstehen kann, so darf man sie doch ebensoviel wie die Spartakisten als Unschuldsgenossen abgeben. Sie sind im Kriege miteinander, und im Krieg ist bekanntlich Lotschlagen Gesetz.

Wir anderer aber haben allen Grund, dafür zu sorgen, daß die Berliner Zustände nicht auf weitere Gegenenden Deutschlands übergreifen. Gerade hier muß sich die Kraft der Organisation und der disziplinierten Geschlossenheit erweisen, die alle Sozialdemokraten früher erfreut haben. Wer klar auf das sozialistische Ziel die Wege der Demokratie wandelt, braucht keine Maschinengewehre und Handgranaten. Er fürchtet auch nicht den "weiten Schreden", der nur austauen kann, weil die Gewaltanwendung von der andern Seite als letztes Heilmittel gepriesen wird. Wir wollen Sozialisten und Demokraten bleiben und keinen Teil haben an den blutigen Opfern, die dieser zweite Bürgerkrieg erfordert.

Radikale Typen.

"Das sind die Radikalen!" Dieser Ruf wurde selbst auf dem Parteitag der Unabhängigen laut, als der gewiß nicht gemäßigte Dok feststellen mußte, daß der Radikale Gottschling, der frühere Präsident des Großberliner Soldatenrats, ein Mann ist, der vor 9 Jahren wegen ehrenrühriger Handlungen aus der Partei ausgeschlossen werden mußte. Er hatte den Genossen Volkswagen in Augsburg wegen Meineids denunziert.

Gottschling ist keine Einzelerscheinung. Da ist der geschätzte Leutnant Dorrenbach, der ehemaliger Führer der Volks-Marinedivision, der zu Liebknechts engsten Vertrauten beim Januar-Kutsch gehörte und schon damals die Volks-Marinedivision zu den Spartakisten hinüberzogt, als Mütter bei einem Raubüberfall verhaftet zu werden.

Nicht weit von dieser Type steht der Unabhängige Oberleutnant Walz, der, in den Tagen der Revolution ein Hauptmacher der Radikalen, wenige Tage später von seinen eigenen Gefährten genossen überfallen wird, vor der Revolution dem Oberkommando in den Marzen Spieldienste geleistet zu haben.

Ist es ein Zufall, daß Spartakus gerade in jenen Gebieten feststeht, in denen es selber die wenigsten Organisierten und die meisten Gelben gab? Im Großberliner Arbeiterrat macht sich jetzt der Kommunist Karl Liebhardt geltend. Liebhardt war früher Gauleiter der Berliner Kriegsbeschädigten. Wenn man ihn als solchen nach seiner Parteizugehörigkeit fragt, so antwortet er stets ausweichend. Er sei in die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands hineingeraten, weil sein Wahlkreis als ganzer während seiner militärischen Abwesenheit zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands übergetreten sei, er wolle sich die Sache aber noch überlegen. Bis er eines Tages mit Hilfe einiger anderer Radikaler die Organisation der Kriegsbeschädigten-Verein auf kommunistisch-spartakistischer Grundlage gründete. Sein Hauptlehrer war übrigens dabei ein ehemaliger Gelber, jetzt gleichfalls Kommunist namens Marxgraf. Inzwischen hat man etwas näher in Liebdis Vergangenheit hineingeleuchtet und festgestellt, daß dieser Ex-Spartakist sich auch vor dem Kriege politisch betätigt hat — als Wande redner des Reichsverbandes zur Verteidigung der Sozial demokratie!

Was so alles bei Spartakus endet!

Provisorische Verfassung für Preußen.

Wie die "Berliner Politischen Nachrichten" in Erfahrung gebracht haben, wird das preußische Staatsministerium am Mittwoch endgültig Besitz fassen über den Entwurf einer provisorischen Verfassung für Preußen, welcher der Landesversammlung bei ihrem Zusammentritt vorliegen wird. Den Gedanken der Einsetzung eines besondern preußischen Staatspräsidenten wird man dabei voraussichtlich gänzlich fallen lassen und die holländende Gemalt in die Hände des Kabinetts legen.

Bei einem Wechsel des Ministeriums wird der Präsident der Landesversammlung berufen sein, die neue Regierung zu bilden. Auch sonst sollen der republikanisch-demokratisch-parlamentarische Gedanke und das Einheitsprinzip des Deutschen Reichs möglichst stark ausgeprägt werden.

Notizen.

Michaelis wird gegangen. Dem Oberpräsidenten Dr. Michaelis ist vom Minister des Innern mitgeteilt worden, daß die provvisorische Regierung zum 1. April eine andre Befreiung des Oberpräsidenten in die Städte einziehen lassen will. Daraufhin hat der Oberpräsident Dr. Michaelis sein Abchiedsgesetz zum genannten Zeitpunkt eingereicht.

Bekanntmachung.

Dem Magistrat stehen noch geringe Mengen frische und späte Kartoffeln zur Verfügung, die Anfang April durch Händler ausgeben werden sollen. Anträge auf Auslieferung von Kartoffeln werden in der Woche vom 17. bis 22. März werktäglich von 8-12% Uhr in der Kartoffelkontrolle, Gr. Schulstraße 1, Zimmer 12, eingegangenommen. Bei der Siedlung der Anträge sind Unterlagen über den Besitz von Acker bzw. Garten vorzulegen, und zwar bei gepachteter Acker bzw. Garten bei Pachtvertrag, bei einem Grundstück der Grundsteuerzettel. Eine Bemerkung dafür, dass sämtliche Anträge beliebt werden, kann der Magistrat nicht übernehmen. Personen, die bereits die Zuwendung von Kartoffeln beantragt haben, haben den Antrag nicht zu wiederholen; sie erhalten die Sacheinstellung zugestellt. Über die Ausgabe der Kartoffeln erfolgt noch besondere Bekanntmachung.

Magdeburg, den 11. März 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die städtische Lebensmittelversorgung.
Paul

254

Vom 17. März d. J. an werden die Dienststunden für die städtischen Dienststellen, bei denen die durchgehende Arbeitszeit eingehalten ist, auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags festgesetzt.

Stellen mit geleisteter Arbeitszeit haben von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 8 bis 8 Uhr nachmittags Dienstzeit.

Magdeburg, den 8. März 1919.

254

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung

betreff. Verlauf von photographischen Aufnahmen aus den Räumungsgütern der Geheeser Verwaltung.

Reisekanten, welche Gegenstände zu erwerben beabsichtigen, wollen dies nur schriftlich der unterzeichneten Dienststelle spätestens bis zum 20. März mittwochen. Auf der Eingabe wie auf dem Umschlag ist das Kennwort „Geheeser photographische Aufnahmen“ zu vermerken. Die Zeit der Bezeichnung und des Versteigerungstermins wird noch angegeben.

Magdeburg, den 10. März 1919.

Naherungsamt, Brueckstraße Magdeburg.

292

Meldung dringend beim Freitorps Hülfen.

Mannschaften aller Waffen, speziell Fuß-, Heerarbeiter, Pioniere, Minenwerfer – eventuell auch ungediente Schenker, Schuhmacher, Stellmacher, Beschlagschmiede – werden dringend gebraucht.

Mobile Abteilung, v. Tag 5 Markt Zusage sowie Versorgung und Kleidung.

293

Sofort melden hier Alte Ulrichstr. 1.

Beim Generalkommando laufen täglich zahlreiche Anfragen von Leuten, die sich zum Eintritt in die japanische Armee melden wollen und um Angabe der Werbestelle bitten.

Dem Generalkommando ist von derartigen Werbungen der japanischen Armee nichts bekannt.

Anfragen an das Generalkommando in dieser Angelegenheit können in Zukunft nicht mehr beantwortet werden.

Von seitens des Generalkommandos Der Generalstab der Chef des Generalstabs, gez. v. dem Hagen, Oberstleutn. gez. Böcker.

294

Arbeiter- und Soldatenrat Magdeburg.

Befreiung

Freitag den 14. März, abends 6 Uhr, im oberen Saal des Walhalla-Theaters, Apselstraße.

Eingesordnung: Bericht des Exekutiv-Ausschusses.

Wir laden die Delegierten ein und bitten um pünktliches Erscheinen.

Der Exekutiv-Ausschuss. J. A.: Brandes.

294

Versicherungs-Beamtte wählt zum Arbeiterrat

Liste Ziegfeld!

Gesellschaft für Pflege von Kunst u. Wissenschaft

Geschäftsstelle: Sternstr. 8. Vorsprecher 2518. Anmeld. erh. an Syndikus Dr. Hubener, Magdeb., Sternstr. 8.

Wollen Versicherungsschutz gegen

295

Unfälle bei bürgerlichen Unruhen übernimmt die

Providentia, Frankfurt, Versicherungs-Gesellschaft Zu jeder weiteren Auskunft ist gern bereit die General-Agentur Magdeburg, Ferdinand Koll, Breiteweg Nr. 125/126.

295

5 öffentliche 5 Volks-Beratungen 5

Thema: Sozialisierung und Arbeiterräte.

Donnerstag den 13. März, abends 7 Uhr Alte Neustadt, in der „Krone“, Moldenstraße

Freitag den 14. März, abends 7 Uhr Endenburg, im „Festsaal“, Halberstädter Straße Buckau, im „Admiralspalast“, Schönebecker Straße

Rene Neustadt, im „Weißen Hirsch“, Friedrichplatz Altstadt, im Walhalla-Theater, Apselstraße

Referenten: Genossen Beyer, Schumann, Ulrich, Schönlan.

Genossen und Genossen, zu dieser wichtigen Frage müsst ihr Stellung nehmen, darum erscheint in Wlossen?

295

Der Vorstand der K. P. D. Ortsgruppe Magdeburg.

Alte Hüte zum Umformen u. Färben

Bitte umgehend abzuliefern, da die nächste Sendung am 21. März zum Versand kommt.

Burg Kaufhaus Georg Wittkowsky Burg

Getränke, seither alkoholfreier Punsch
in bekannter Qualität, inkl. Steuer pro Liter 3.50 M.

Schillers Weinhandlung, Gr. Münzstraße 11.

Hur an Wiederverkäufer versende meine Spezialpreise für

Eier, Küken, Hühner, Hasen, Zweige, Attrappen, Nestkübelchen (reizend zum Füllen), Papierrollen usw. KSE

in grösster Auswahl.

Fedor Müller Dresden-A. I. Christbaumschmuck-Fabrik.

Muster-Kollektionen à 50 und 100 Mark gegen Nachnahme

Oster-

254

Städtische Frauenschule an der Viktoriaschule.

Schuljahr 1919/20.

1. Unterricht im Umgang des im letzten Jahre gegebenen, da zu ab 1. Oktober voraussichtlich Haushaltungsunterricht (Kochen, Haushalte). Anmeldungen schriftlich an den Unterricht.

2. Bei genügender Beteiligung Kindergartenkursus mit staatlicher Abschlussprüfung. Anmeldungen wie oben.

Dr. Böhner, Direktor.

Gartenbauverein für Magdeburg u. Umgeg. Eingetr. Genossenschaft. m. beschr. Käppi.

Unsre ordentliche Generalversammlung findet am Donnerstag den 13. März, abends 7 Uhr, im Walhalla-Theater (unterer Saal), Apselstraße, statt.

Tagesordnung:

1. Vorstandsbereich a) des Vorstandes, b) des Kassierers, 2. Bericht des Aufsichtsrats (Vorstände), 3. Genehmigung der Jahresrechnung und der Bilanz, 4. Entlastung des Vorstandes, 5. Wahlen von zwei Vorständen und sieben Aufsichtsratsmitgliedern, 6. Auflistung eines Geschäftsführers.

Wir bitten um zahlreiche Ergebnisse auch der Frauen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Aufsichtsrat. Franz Scheller.

294

Angestellte und frühere Angestellte

der Firma Polte, Damen und Herren, Meister und Vorarbeiter, die sich für die

Millionenstiftung der Fa. Polte interessieren, werden gebeten, am Donnerstag den 13. März, abends 7½ Uhr, im östlichen Saale der „Neishalle“, Kaiserstraße 19, zu erscheinen.

295

Ronsumverein für Magdeburg und Umgegend

Am Dienstag, 25. März, abends 7 Uhr, im unteren Saal des Walhalla-Theaters, Apselstraße 12.

Ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Erstattung des Geschäftsberichts.

2. Revisionsbericht des Aufsichtsrats.

3. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.

4. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.

5. Änderung des Statuts, der Geschäftsordnung, für die Generalversammlung und der Verkehrsordnung.

6. Errichtung einer Pensionskasse für die Angestellten der Genossenschaft.

Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs gestattet.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend, Eingetr. Genossenschaft. m. beschr. Käppi.

Otto Richter, Vorsitzender.

295

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes des Bezirks Olivenstedt, former Streitbrecher verleumdet. Wir stellen hiermit fest, dass Werner seit 1904 Mitglied unseres Verbandes ist. Er wird fortan unanständig gegen die Verleumder vorgehen.

Die Ortsverwaltung.

Reinen

291

Rechtsbeistand

in allen Rechtsangelegenheiten, auch in Verbrauchsfällen, besonders in Ehe-, Abtrennung-, Strafan-, Steuer- und Gewerbeangelegenheiten.

Rechtsanwalt

In Ehe-, Abtrennung-, Steuer- und Gewerbeangelegenheiten.

Rechtsanwalt

